

ideologischen Hintergrund auf. Richtet sich die kommunikationsarme rechtsextremistische Gewaltszene vor allem gegen „Fremde“ und linke „Zecken“, so eint die Autonomen, deren Reflexionsniveau in der Regel ebenso höher ist wie die Planungsintensität, der Hass auf den Staat und auf rechte „Faschisten“. Unterschiede in der Tatspezifik (z. B. Überwiegen von Landfriedensbrüchen bei den Autonomen, zahlreiche Brandanschläge und Körperverletzungen bei den Skinheads) gehen zum Teil auf die soziale Charakteristik der Akteure zurück (z. B. niedriges Durchschnittsalter, niedriger Bildungsstand, Neigung zu körperlicher Gewalt bei den Skinheads; höheres Alter, höherer Bildungsgrad, Neigung zur „Massenmilitanz“ bei Autonomen).

Gleichwohl sind die Subkulturen<sup>47</sup> durch gewisse Analogien gekennzeichnet: durch Gewaltbejahung („schwarze Listen“) und -anwendung, durch mangelnde Organisationsfestigkeit, durch eine hohe Fluktuationsrate, durch schwammige Weltbilder, durch ihr jugendliches Alter, durch ein beträchtliches Aggressionspotenzial, durch primitive Feindbilder, durch die Ablehnung der Mehrheitskultur und nicht zuletzt durch ein ähnliches Erscheinungsbild. Das der rechtsextremistischen Subkultur hat sich dem der linksextremistischen zum Teil angeglichen. Nicht immer ist das ideologische Anliegen bei den Gewalttaten erkennbar. Insofern sind die Grenzen zu sozialer Verwahrlosung fließend. „Antifa“ und „Anti-Antifa“ bekämpfen sich – und brauchen sich doch. Allerdings ist die Fixierung der „Antifa“ auf den ideologischen Gegner größer als umgekehrt. Schließlich ist die ohnehin schwächere „Anti-Antifa“-Szene nicht in erster Linie antikommunistisch ausgerichtet. Obwohl beide Milieus den demokratischen Verfassungsstaat ablehnen, gibt es keinerlei Zusammenarbeit zwischen ihnen im Kampf gegen ihn. Zwischen den Wahlerfolgen der NPD und rechten Gewalttaten – so zeigt eine empirische Untersuchung – besteht offenbar kein Zusammenhang.<sup>48</sup> Allerdings nahm die linke „Konfrontationsgewalt“ danach ebenso zu wie die rechte. Insgesamt ist die linke „Konfrontationsgewalt“ stärker als die von rechts. Während Gewalt von rechts eher durch expressive Merkmale geprägt ist (als Mittel der Selbstdarstellung), zeichnet sich Gewalt von links eher durch instrumentelle Merkmale aus (als Mittel zum politischen Zweck).

Nur langsam löst sich das hiesige „Stabilitätstrauma“<sup>49</sup> auf. Dabei kann die zweite deutsche Demokratie 20 Jahre nach der Wiedervereinigung gelassen in die Zukunft schauen. Sie hat gravierende Probleme gemeistert und gerade dadurch höchst unterschiedliche Formen des Extremismus „entwaffnet“. Die Fixierung auf den (Rechts-)Extremismus darf nicht zu einer Vernachlässigung des Linksextremismus wie der Schwächen des demokratischen Verfassungsstaates führen. Wer sie benennt und abstellt, entkräftet jede Form des Extremismus.

47 Gibt es zahlreiche Studien zu den rechtsextremistischen Skinheads, so mangelt es an einer wissenschaftlichen Durchdringung der „autonomen Szene“, erst recht an Vergleichen. Vgl. jetzt das Kapitel „Wechselseitige Rezeptionen militanter Szenen: Antifa und Anti-Antifa“ bei Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye: NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich, Köln 2010, S. 160–183.

48 Vgl. für diesen Befund und für die nachfolgenden Aussagen ebd., S. 190–200.

49 So Kurt Sontheimer: Wie stabil sind die pluralistischen Demokratien Westeuropas?, in: Gesine Schwan (Hrsg.): Bedingungen und Probleme politischer Stabilität, Baden-Baden 1988, S. 35–48, hier S. 46.

## Extremismus in Estland

Axel Reetz/Tom Thieme

### 1 Rahmenbedingungen

Nach der wiedererlangten staatlichen Eigenständigkeit Estlands am 21. August 1991 erarbeitete eine verfassungsgebende Versammlung aus dem Obersten Sowjet und dem als Gegenparlament gegründeten Estnischen Kongress eine neue Verfassung. Daraus entstand in Estland eine parlamentarische Demokratie, die auf der Unabhängigkeitserklärung und dem „Frieden von Tartu“ von 1918 gründet. Trotz der negativen Erfahrungen mit dem sowjetischen und deutschen Totalitarismus gibt es im estnischen Grundgesetz keinen unveränderlichen Verfassungskern. Stattdessen verpflichtet § 54 jeden Esten zur Verteidigung der Unabhängigkeit und der Verfassung: „Gibt es keine anderen Mittel, hat jeder estnische Staatsbürger das Recht, gegen eine gewaltsame Änderung der Verfassungsordnung eigenständigen Widerstand zu leisten.“<sup>1</sup> Zudem beinhaltet § 12 die Gleichheit vor dem Gesetz und das Verbot jeder Diskriminierung: „Nationaler, rassistischer, religiöser oder politischer Hass, Bedrohung mit Gewalt oder Diskriminierung sind gesetzlich verboten und strafbar.“<sup>2</sup> Von einer möglichen Verfassungsänderung sind diese Kernbestimmungen jedoch nicht ausgenommen; sowohl der Staatspräsident als auch ein Fünftel des Parlaments kann eine Verfassungsänderung initiieren. In der Praxis kommt es seit der neuerlichen staatlichen Unabhängigkeit 1991 weder im estnischen Parlament noch in der Bevölkerung zu größeren Kontroversen um die Inhalte der Verfassung.<sup>3</sup>

Die Zulassung, Beschränkung und Auflösung antidemokratischer Vereinigungen regelt das estnische Parteiengesetz.<sup>4</sup> § 4.1 erklärt Parteien für illegal, deren Ziel eine gewaltsame Änderung der konstitutionellen Ordnung des Landes ist. Paramilitärischen Organisationen ist der Parteistatus generell untersagt. Parteiverbote – bisher noch nicht ausgesprochen – sind nach der Prozessordnung des estnischen Verfassungsschutzes zu vollziehen. Zur Gründung einer Partei bedarf es nach § 6 seit 1999 mindestens 1000 Mitglieder. Fällt diese unter die Minimalzahl, kann die Organisation aufgelöst werden. Die schrittweise Erhöhung der Mindestmitgliederzahl führte zum Verschwinden vieler kleinerer (auch extremistischer)

1 Verfassung der Republik Estland vom 28. Juni 1992, in: Herwig Roggemann (Hrsg.): Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas, Berlin 1999, S. 410–447, hier S. 420f.

2 Ebd., S. 412.

3 Vgl. Mikko Lagarpetz/Konrad Maier: Das politische System Estlands, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Auflage, Opladen 2004, S. 71–110, hier S. 74.

4 Das estnische Parteiengesetz wurde am 11. April 1994 verabschiedet und seither mehrfach geändert, zuletzt 2006. Siehe hierfür und im folgenden Erakonnaseadus Elektrooniline Riigiteataja [Parteiengesetz], abrufbar unter: <http://www.riigiteataja.ee/ert/act.jsp?id=28666> [Stand: 19. Januar 2009].

Parteien. Das drückt sich seit Mitte der 1990er Jahre in einer allmählichen, aber konstanten Konzentration des Parteiensystems aus.<sup>5</sup>

Das estnische Parteiensystem spiegelt zwei Besonderheiten der politischen Kultur Estlands wider, die für das Verhältnis von demokratischer Ordnung und extremistischer Bedrohung eine Rolle spielen und in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander stehen: einerseits eine ausgeprägte nationale Identität der meisten Esten, andererseits ein starkes Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den Repräsentanten, Parteien und Institutionen des Landes. Nicht zuletzt aus diesen Umständen ergibt sich für Estland die spannende Frage, warum trotz der theoretisch günstigen Gelegenheitsstrukturen (geringes Demokratievertrauen, große nationale Minderheit, starke nationale Identität) politischer Extremismus – wie im gesamten Baltikum – vergleichsweise schwach ausgeprägt ist.

Die spezielle Spielart des estnischen Nationalismus als „exklusive Verteidigungsstrategie“ resultiert aus den Erfahrungen der sowjetischen Fremdherrschaft. Estland war bis 1918 ein Land mit einer homogenen Bevölkerung, da es im 19. Jahrhundert als Peripherie des Zarenreiches keinen Zustrom von Menschen aus anderen Landesteilen verzeichnete. Dies änderte sich nach der Inkorporation in die Sowjetunion. Der Anteil der Minderheiten liegt heute bei etwa einem Drittel der Gesamtbevölkerung. In den fünf Jahrzehnten der Sowjetherrschaft stand Estland jedoch weniger im Zentrum des geopolitischen Interesses Moskaus als der südliche Nachbar Lettland. So gab es in Tartu und Tallinn kaum Behinderungen, estnischsprachige Lesezirkel wie den *Klub Tõru* in Tartu zu unterhalten und estnisch-nationalen Denkmalschutz zu betreiben. Bereits von den 1960er Jahren an kam es zur Gründung von Vereinigungen, in denen später die Dissidenten tätig wurden. In der Ära *Gorbatschow* entstand mit der *Gesellschaft für Denkmalschutz (Muinsuskaitse Selts)* eine Organisation, welche offen für die nationale Frage Estlands eintrat. Damit erwuchs aus einer „parallel polis“<sup>6</sup> im Zuge der Singenden Revolution bis zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit bereits eine breite nationale Gegenelite.<sup>7</sup>

Während sich die estnische Minderheit im Sowjetblock mit der „Strategie des nationalen Überlebens“ gegen die öffentliche und politische Dominanz des Russischen wehrte, ist es heute populär, die russische Minderheit als Gefahr der estnischen Nation darzustellen. Die ersten Jahre der Unabhängigkeit waren geprägt durch vielfältige Konflikte zwischen ethnischen Esten und Russen. Im Alltag weigerten sich zuerst die Esten, russisch zu sprechen. Die Abgrenzung wurde mit einer klar marktwirtschaftlichen Ausrichtung verbunden und damit die Konfliktlinie zwischen markoliberal-nationalen Esten und (reform)kommunistischen Russen vertieft. Auch der breite gesellschaftliche Konsens zur ökonomischen und sicherheitspolitischen Einbindung in die europäischen bzw. transatlantischen Strukturen war von Anfang an durch einen antirussischen Reflex geprägt. Erst mit dem EU-Beitritt Estlands 2004 wird der wachsende politische und kulturelle Einfluss des Westens verstärkt als Bedrohung der nationalen Souveränität wahrgenommen.

5 Vgl. Axel Reetz: Baltische Staaten: Politiker als Fixpunkte und verschiedene Varianten von parteipolitischer Fluidität, in: Ellen Bos/Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen/Farmington Hills 2008, S. 229–252.

6 Vgl. Mikko Lagerspetz: Constructing post-communism. A study in the Estonian social problems discourse. Dissertation, Tartu Ülikool 1996, S. 56–60.

7 Vgl. Li Bennich-Björkman: The Cultural Roots of Estonia's Successful Transition. How Historical Legacies Shaped the 1990s, in: East European Politics & Societies 21(2007)5, S. 316–347.

Die erste Regierung von *Mart Laar* von 1992 bis 1994 hinterließ mit ihrer zügigen Reformpolitik nicht nur den Mythos vom Baltischen Tiger<sup>8</sup>, sondern auch ein umstrittenes und restriktives Ausländerrecht. Das 1993 vom estnischen Parlament angenommene Gesetz regelte die Aberkennung der estnischen Staatsbürgerschaft für Zugezogene aus der Sowjetzeit (de facto Russen). Obwohl die Staatsbürgerschaftsfrage – nicht zuletzt aufgrund der internationalen Kritik – rechtlich und praktisch mehrfach gelockert wurde, sind die Auswirkungen des Gesetzes für die politische Landschaft Estlands im Allgemeinen und für die Extremismusproblematik im Besonderen vielfältig spürbar: Bis heute sind 60 Prozent der ethnischen Minderheiten keine estnischen Staatsbürger, sondern entweder russische Staatsangehörige oder nach wie vor ohne Staatsbürgerschaft (38 Prozent). Dadurch ist die politische Vertretung der russischen Bevölkerung in Estland massiv geschwächt.<sup>9</sup> 1992 gelang es keinem russischen Vertreter, ein Mandat für das estnische Nationalparlament zu gewinnen. Die meisten russischen Rechtsextremisten schlossen sich daher den estnischen Außenstellen der von Moskau geführten antidemokratischen Parteien an. Die nationalistischen Kräfte Estlands verloren umgekehrt sowohl ihre politischen Ziele, da diese durch die rigide Ausländer- und Staatsbürgerschaftspolitik aller (demokratischen) Parteien umgesetzt wurden, als auch ihr Alleinstellungsmerkmal als Bewahrer der estnischen Nation.

Trotz des angespannten Verhältnisses zwischen Esten und Russen war bis zu den Ausschreitungen am Bronzesoldaten (*Pronksõdur*)<sup>10</sup> im April 2007 kein manifeste ethnischer Konflikt zu konstatieren. Auch im Anschluss kam es zu keinen weiteren gewalttätigen Konfrontationen. Trotz der anhaltenden politischen Verstimmungen zwischen beiden Ländern erweiterten sich die Auseinandersetzungen (bislang) nicht zu einer gesellschaftlichen Krise. Dennoch sind soziale Spannungen zwischen der estnischen und der russischen Bevölkerungsgruppe offenkundig. Auf beiden Seiten besteht eine Tendenz ihrer politischen Vertreter, die latenten Vorurteile gegenüber der anderen Volksgruppe zu instrumentalisieren. In der estnischsprachigen Mehrheitsgesellschaft existiert ebenso wie bei den Fragen, ob Minderheiten dem estnischen Volk angehören oder nicht, und wie die eigene Rolle im Zweiten Weltkrieg zu bewerten ist, kein Konsens darüber, was als demokratisch bzw. (rechts)extremistisch zu gelten hat. Umgekehrt scheint die russische Minderheit (wie das Mutterland) nicht zu einer umfassenden Vergangenheitsbewältigung bereit. Die großen sprachlichen Differenzen zwischen dem finno-ugrischen Estnischen und dem ostslawischen Russischen manifestieren vielerorts Parallelgesellschaften. Dies wird verstärkt durch die geographische Separation der Siedlungsgebiete. Während in den nordöstlichen Regionen Ida-Virumaa Jõhvi, Kohtla-Järve, Sillamäe und Narva der Bevölkerungsanteil der Russen über 90 Prozent erreicht, sind der

8 Siehe hierzu Konrad Maier: Estland: Tiger im Baltikum?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 37/1998, S. 16–27.

9 Vgl. Michel Endinger/Mindaugas Kuklys: Ethnische Minderheiten im Parlament. Repräsentation im osteuropäischen Vergleich, in: Osteuropa 57(2007)11, S. 163–176.

10 Das Monument des sowjetischen Bronzesoldaten wurde am 22. September 1947 enthüllt und nach Erlangung der estnischen Unabhängigkeit weiterhin von der russischen Minderheit als Gedenkort genutzt. Dagegen protestierten Teile der estnischen Bevölkerung, woraufhin die Umsetzung des Bronzesoldaten durch ein Gesetz gegen verbotene Denkmäler beschlossen wurde. Das führte zu massiven Verstimmungen im inneren und äußeren estnisch-russischen Verhältnis. Vgl. Karsten Brüggemann: Denkmäler des Grolls. Estland und die Kriege des 20. Jahrhunderts, in: Osteuropa 58(2008)6, S. 129–146; Siegfried Thielbecker: Kein Tag des Sieges, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Mai 2007, S. 6.

Süden und die großen Inseln Saaremaa und Hiiumaa fast homogen estnisch besiedelt. Einzig in der Hauptstadt Tallinn ist das Verhältnis zwischen Esten und Russen ausgeglichen.<sup>11</sup>

Auch die zweite Besonderheit der politischen Kultur Estlands resultiert aus dem sowjetischen Erbe: der Argwohn und die Unzufriedenheit gegenüber jeder Politik. Die Wahlbeteiligung, das Vertrauen in die politischen Institutionen und Akteure sowie die Mitgliederzahlen der Parteien sind in Estland – selbst im Vergleich zu den postsozialistischen Staaten Osteuropas – extrem niedrig.<sup>12</sup> Daher haben bekannte Persönlichkeiten in Estland eine herausgehobene Position, was sich wiederum durch die Besonderheit von Kompensationsmandaten im estnischen Wahlsystem verstärkt. Die 101 Sitze des estnischen Parlaments (*Riigikogu*) werden nach dem Verhältniswahlrecht mit Vorzugsstimme vergeben. Der Wähler notiert auf dem Wahlzettel die Nummer des von ihm bevorzugten Kandidaten und votiert damit gleichzeitig für die Liste der Partei. Estland ist in elf Wahlkreise mit zwischen sieben und zwölf zu vergebenden Mandaten eingeteilt. Listen sind erfolgreich, wenn sie landesweit wenigstens fünf Prozent der Stimmen erhalten. Ein Kandidat kann bei Erreichen der Quote im Wahlkreis auch ein individuelles Mandat erhalten, wenn seine Partei landesweit nicht fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinigt. Verrechnungen finden zunächst auf Wahlkreisebene, dann national statt.<sup>13</sup> Damit haben populäre Köpfe und Personen des öffentlichen Lebens eine Lokomotivfunktion. Die Wahlergebnisse von bekannten Kandidaten wie beispielsweise des Ministerpräsidenten *Andrus Ansip* oder auch von *Edgar Savisaar* übertrafen die Quote mehrfach und sorgten so für den Parlamentseinzug von Kandidaten, die aus eigener Kraft die Quote für ein Mandat nicht erzielten. Während der amerikanisch-estnische Politologe *Rein Taagepera* diesen Umstand als „System zur Enttäuschung der Wähler bezeichnet“, interpretiert *Evald Mikkel* die Ergebnisse als Zeichen einer zunehmenden Parteiidentifikation.<sup>14</sup> Die starke Personalisierung der estnischen Politik schwächt somit zwar auch extremistische Parteien, bietet jedoch einzelnen Akteuren die Möglichkeit, mit einer populistischen Anti-Establishment-Strategie im Fahrwasser der demokratischen Parteien ins Parlament einzuziehen.

## 2 Wahlentwicklung

Parteiförmiger Extremismus in Form von autoritär geprägten Kaderparteien spielt in Estland seit Mitte der 1990er Jahre keine Rolle. Vielmehr organisieren sich einige ehemalige Mitglieder der aufgelösten oder aufgesogenen extremistischen Gruppierungen heute in der

11 Vgl. Guido Tiemann: Die baltischen Staaten, in: Detlef Jahn/Nikolaus Werz (Hrsg.): Politische Systeme und Beziehungen im Ostseeraum, München 2002, S. 57–79.

12 Vgl. Wolfgang Ismayr: Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich, in: Ders. (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Auflage, Opladen 2004, S. 9–69.

13 Vgl. Riigikogu valimise seadus Elektroonline Riigiteataja [Nationales Wahlgesetz], abrufbar unter: <https://www.riigiteataja.ee/ert/act.jsp?id=104556> [Stand: 19. Januar 2009].

14 Rein Taagepera: Valimisreeglid Eestis aegade jooksul, in: Riigikogu valimised 1999, Tartu 1999, S. 21–24.

15 Die Zahl der direkt durch Erreichen der Quote gewählten Kandidaten sank in den 1990er Jahren kontinuierlich von 17 (1992) auf 15 (1995) bis auf elf (1999) und verstärkte den Trend des „party hopping“. Vgl. Evald Mikkel: 1999. Aasta Riigikogu valimised ja kandidaadid, in: Riigikogu valimised 1999, Tartu 1999, S. 86, 98, 118; Vello Pettai: The Baltic States, in: Julie Smith/Elizabeth Teague (Hrsg.): Democracy in the new Europe. The Politics of Post-Communism, London 1999, S. 136.

konservativen Sammlungsbewegung *Liste Vaterland und Republik (Isamaa ja Res Publica Liit)*, der wiederum diverse Zusammenschlüsse im nationalen Lager vorausgegangen waren und die bei den Wahlen 2007 17,9 Prozent der Stimmen gewann.<sup>16</sup> Trotz ihrer unklaren Identität und ihres teilweise populistischen Auftretens als Anti-Establishment-Partei präsentierte sich *Res Publica* im Praxistest als stärkste Regierungspartei (2003–2007) mit einer klar marktliberalen und proeuropäischen Ausrichtung als eindeutig demokratisch.

Vermeintlich extremistische Parteien waren bei Wahlen in Estland nur unmittelbar nach der erneuten Unabhängigkeit des Landes erfolgreich. Bei den ersten demokratischen Wahlen 1992 gelang zwei nationalistischen Parteien der Einzug ins nationale Parlament – der *Estnisch Nationalen Unabhängigkeitspartei* (ERSP) und den sogenannten *Estnischen Bürgern* (Tabelle 1). Seither scheiterten alle rechts- und linksextremen Parteien bei nationalen Wahlen an der Fünf-Prozent-Hürde. Beide Vereinigungen spielten während des Umbruchs von 1989 bis 1991 und im Streben nach der estnischen Souveränität eine gewisse Rolle, verloren jedoch nach der Verwirklichung ihres primären Ziels rasch an Bedeutung. Durch die Beteiligung an der wegen ihres wirtschaftlichen Reformeifers unbeliebten ersten estnischen Regierung sanken der Einfluss und die Unterstützung für die ERSP schnell.<sup>17</sup> Der Parteizusammenschluss mit dem größeren Koalitionspartner *Vaterland (Isamaa)* zur *Vaterlandsunion (Isamaaliit)* führte zu einer Mäßigung des Parteiprofils und zu einer innerparteilichen Isolation der Nationalisten. Die Abspaltung *Estnische Partei der Zukunft* erzielte bei den Wahlen 1995 2,5 Prozent der Stimmen. Bei den Wahlen 2003 und 2007 erhielt der Zusammenschluss aus *Zukunftspartei* und ehemaligen ERSP-Mitgliedern zur *Estnischen Unabhängigkeitspartei* (EIP) deutlich weniger als ein Prozent der Wählerstimmen.

Tabelle 1 Ergebnisse der extremistischen Parteien bei den Parlamentswahlen in Estland 1992–2007 (in Prozent)

	1992	1995	1999	2003	2007
Besseres Estland/Estnischer Bürger	6,9	3,6	---	---	---
Estnische Zentrumsunion der Nationalisten	---	0,9	---	---	---
Estnische Partei der Zukunft	---	2,6	---	---	---
Blaue Partei	---	0,4	1,6	---	---
Kommunisten und Nachfolgeparteien	1,6	2,3	6,1	---	0,2 <sup>1</sup>
Quelle: Nationales Estnisches Wahlkomitee, abrufbar unter: <a href="http://www.vvk.ee/">http://www.vvk.ee/</a> [Stand: 21. September 2009].					

<sup>1</sup> Seit der Vereinigung der kommunistischen Nachfolgeparteien mit den russisch-nationalen Parteien ist die eindeutige Zuordnung als kommunistisch oder nationalistisch schwierig.

16 Vgl. Wahlergebnisse, abrufbar unter: <http://www.parties-and-elections.de/estonia.html> [Stand: 27. Mai 2009].

17 Vgl. Rein Helme: Die Entwicklung eines demokratischen Mehrparteiensystems und die innenpolitischen Zielsetzungen der einzelnen Parteien in Estland, in: Boris Meissner/Dietrich A. Loeber/Cornelius Hasselblatt (Hrsg.): Der Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten. Staat – Wirtschaft – Gesellschaft, Hamburg 1995, S. 72–86.

Auch das nationalistische Bündnis *Besseres Estland/Estnischer Bürger* konnte den Parlamentseinzug drei Jahre später nicht wiederholen. 3,6 Prozent der Stimmen bedeuteten das Aus für die Partei, deren wichtigste Positionen in Staatsbürgerschafts- und Minderheitenfragen durch die staatliche Gesetzgebung geregelt wurden.<sup>18</sup> Die wichtigste als gewaltbereit-rechtsextremistisch einzustufende Partei *Estnische Zentrumsunion der Nationalisten* (ERKL) erzielte bei ihrem einzigen Wahlauftritt 1995 auf nationaler Ebene 0,9 Prozent. Das entsprach in estnischen Größenordnungen 3700 Wählerstimmen.

Durch die strikte Abgrenzung aller estnischen Parteien vom Sowjetkommunismus und der russischen Einflussnahme wurden die sozialistischen bzw. linksextremen Parteien nach 1990 ausschließlich von der russischen Minderheit geführt. Einige Mitglieder der *Kommunistischen Partei*, die sich 1990 unabhängig von der KPdSU in der *Estnischen Kommunistischen Partei* (EKP) organisierten, sind ihren Überzeugungen treu geblieben und konstituierten sich nach mehreren Umformierungen in Estlands *Vereinigte Linkspartei* (*Eestimaa Ühendatud Vasakpartei*).<sup>19</sup> Bei den Wahlen seit 1999 blieben die Parteien – einzeln und vereint – bedeutungslos. Auch die wichtigste Partei der russischen Minderheit, die *Russische Partei in Estland* (RPE), welche als One-Issue-Partei ausschließlich die Minderheitenfrage thematisiert, leidet an der politischen Apathie ihrer Landsleute. Zwar gelang der RPE in wechselnden Listenverbindungen 1995 und 1999 der Parlamentseinzug,<sup>20</sup> doch auch der Zusammenschluss der kommunistischen und demokratischen russischen Minderheitenparteien als *Vereinigte Linkspartei* (seit 2007 als *Konstitutionspartei*) änderte nichts an den verheerenden Wahlschlägen 2003 und 2007. Da der Kommunismus heute beim estnischen Bevölkerungsteil durch eine manifeste Sowjet- bzw. Russophobie vollständig desavouiert ist und die russische Minderheit politische Einflussnahme generell (stillschweigend) boykottiert, blieb die gesellschaftliche Bedeutung linksextremer Systemalternativen in Estland marginal. Russisch-nationalistische Parteien erzielten in Estland bislang ebenfalls nur geringen Einfluss, weil deren wichtigste Vertreter von der estnischen in die russische Politik wechselten (vgl. Kapitel 3.3).

### 3 Extremistische Parteien

#### 3.1 Rechtsextremismus

Eine klare Einordnung der rechtsextremistischen Gruppierungen in Estland fällt schwer, denn die Übergänge von demokratischen zu extremistischen Positionen sind in weiten Teilen der Gesellschaft fließend. In den ersten Jahren der estnischen Unabhängigkeit unterschieden

sich die nationalistischen Parteien ERSP und *Estnischer Bürger* von den demokratischen Kontrahenten hauptsächlich in ihrem Auftreten und Vokabular – dagegen kaum in ihren politischen Inhalten. So unterstützten im Vorfeld der Wahlen 1995 alle ethnisch-estnischen Parteien die Forderung nach verstärkter Abschiebung aller Nichtesten aus dem Land.<sup>21</sup> Der größte Teil der estnischen Mehrheitsbevölkerung vertritt bis heute gegenüber den zu Sowjetzeiten zugewanderten Migranten anderer Nationalität latente xenophobe Ansichten. Die parteipolitische Organisation solcher Einstellungen ist schwer zu verfolgen, weil extremistische Positionen kontinuierlich von Personen vertreten werden, die sich ihrerseits am allgemeinen „party-hopping“ bzw. „label-changing“ der politischen Elite beteiligen und somit (auch) in demokratischen Parteien vertreten sind.<sup>22</sup>

Die ERSP wurde als erste unabhängige Partei Estlands – noch unter kommunistischer Flagge – von den nationalen Dissidenten *Tunne Kelam* und *Lagle Parek* zunächst illegal gegründet.<sup>23</sup> Die ERSP initiierte am 24. Februar 1990 die Wahl des Estnischen Kongresses als legitimes Parlament, da der Oberste Sowjet Estlands als solches nicht betrachtet und dessen Wahl am 11. März 1990 von der Partei boykottiert wurde. Wahlberechtigt für das neue Parlament sollten nur jene Einwohner sein, die bereits vor dem Anschluss an die Sowjetunion die estnische Staatsbürgerschaft besessen hatten oder als deren direkte Nachkommen galten.<sup>24</sup> Die Partei organisierte dabei die Registrierung der Wähler. Ihr Beitrag als eine der treibenden Kräfte im Unabhängigkeitsprozess wurde nach den Wahlen 1992 mit der Juniorpartnerschaft in der ersten estnischen Regierung belohnt.

Dadurch übertrug sich der Konflikt zwischen Esten und nationalen Minderheiten in die offizielle Politik. Nach Erlangung der estnischen Souveränität konnte die ERSP zwar ihre Interessen in der Staatsbürgerschafts- und Minderheitsgesetzgebung durchsetzen, aber durch die Realisierung sämtlicher Kernforderungen verlor die Partei rasch an Bedeutung. Dies führte zu internen Flügelkämpfen. Der gemäßigte Teil vereinigte sich am 2. Dezember 1995 mit der Partei *Vaterland* (*Isamaa*) zur *Vaterlandsunion* (*Isamaaliit*);<sup>25</sup> die nationalistischen Kräfte organisierten sich stärker im Wahlbündnis *Besseres Estland/Estnische Bürger* unter der Führung des aus dem Exil zurückgekehrten ehemaligen US-Kampfpiloten *Jüri Toomepuu*. Dem Bündnis war 1992 der Parlamentseinzug gelungen, doch *Toomepuu* war der stark national-orientierte Kurs der *Laar*-Regierung nicht repressiv genug und seine Partei verblieb in der Opposition. *Toomepuu* wollte u. a. die umstrittene Präsidialverfassung aus dem Jahre 1938 wieder in Kraft setzten, die eine schärfere Degradierung der nichtestnischen Bevölke-

18 Vgl. Axel Reetz: Wahlen im Baltikum seit 1990. Parlamente in den Paradoxien der Selbstbestimmung, in: Winfried Steffani/Uwe Thaysen (Hrsg.): Demokratie in Europa. Zur Rolle der Parlamente, Opladen 1995, S. 300–323.

19 Vgl. Parteiprogramm der *Vereinten Linkspartei*, abrufbar unter: <http://www.esdp.ee/programm.htm> [Stand: 19. Januar 2009].

20 Diese verschiedenen Kräfte traten mit wechselnden Listennamen wie *Linke Möglichkeit* 1992 und *Gerechtigkeit* 1995 bei den Wahlen an. 1999 gelang Estlands *Vereinigte Volkspartei* (*Eestimaa Ühendatud Rahvapartei* – EÜR) zusammen mit der ESTP und der *Russischen Einheitspartei* (*Vene Ühtsuspartei*) unter dem Listennamen *Unsere Heimat ist Estland!* (*Meie kodu on Eestimaa!*) der Einzug ins Parlament. Vgl. Eesti Rahvusarengu Instituut, abrufbar unter: <http://www.erakonnad.instituut.ee> [Stand: 19. Januar 2009].

21 Vgl. Andres Kasekamp: Extreme-right parties in contemporary Estonia, in: *Patterns of Prejudice* 37(2003)4, S. 401–414.

22 Vgl. Bernard Grofman/Evald Mikkel/Rein Taagepera: Fission and fusion of parties in Estonia, in: *Journal of Baltic* 31(2000)4, S. 329–357, hier S. 349.

23 Zur Gründung der ERSP am 21. August 1988 siehe Mikk Marran/Eve Vungo: Eesti põõrdub läände, Tallinn 1999, S. 15. *Arter* spricht hingegen vom 20. August. Vgl. David Arter: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot 1996, S. 156.

24 Obwohl die Wahl des inoffiziellen Parlaments nicht behindert wurde, gab es außer Plakaten keine Popularisierung durch die Medien. *Taagepera* bezeichnet den Kongress als vermutlich einziges Parlament der Weltgeschichte, welches vollständig privat organisiert wurde. Vgl. Rein Taagepera: Estonia. Return to independence, Boulder 1993, S. 174.

25 Vgl. Ivp Pospíšil: Republika Estonsko, in: Petr Fiala/Jan Holzer/Maximilián Strmiska (Hrsg.): Politické strany ve střední a východní Evropě. Ideově-politický profil, pozice a role politických stran v postkomunistických zemích, Brunn 2002, S. 154–171, hier S. 163.

rung zu Bürgern zweiter Klasse bedeutet hätte. Der Radikalisierung der *Estonischen Bürger* unter dem Einfluss früherer ERSP-ler und der ehemaligen Exil-Esten folgte der Niedergang.<sup>26</sup> Nach zahlreichen Wahlschlägen auf nationaler und regionaler Ebene trat die Partei zu den Parlamentswahlen 1999 nicht mehr an.

Die ERKL entstand am 19. März 1994 als selbsternannte Nachfolgeorganisation der *Estonischen Union der Freiheitskämpfer* aus der Zwischenkriegszeit. Zwar gilt die Partei seit 1999 wegen Unterschreitung der Mindestmitgliederzahl als offiziell aufgelöst, doch agiert sie seither ohne staatliche Registrierung. Die Losung der Partei lautet „Zurück zur Ordnung im Staat!“, wobei ein kompromissloses Vorgehen gegen Kriminelle aus den ehemaligen Sowjetstaaten proklamiert wird. Ziel der ERKL ist die Übernahme des post-kommunistischen Regimes in Estland und die Schaffung einer militant-nationalistischen Diktatur.<sup>27</sup> Doch scheiterte die Strategie der Partei, einerseits parlamentarische Partizipation anzustreben, andererseits gewalttätige Ausschreitungen zu propagieren und durchzuführen. Die ERKL wurde von allen etablierten Parteien von Anfang an (und im Gegensatz zur ERSP) als extremistische Partei ausgegrenzt, nicht zuletzt in Sorge um das internationale Image Estlands und das Wachsen einer revisionistischen Ideologie im Land. Nach dem Scheitern der Partei bei den Wahlen 1995 und 1999 entschied der Parteivorsitzende *Tiit Madisson*, die Arbeit seiner Vereinigung in der Illegalität fortzusetzen.<sup>28</sup>

Der bekannteste Nationalist Estlands *Madisson* wurde 1950 in Tallinn geboren und als antisowjetischer Dissident 1981 zu vier Jahren Haft in Sibirien verurteilt. Die Inhaftierung endete nach dem Amtsantritt *Michail Gorbatschows* in Moskau, doch *Madisson* entwickelte sich in den späten 1980er Jahren zum radikalen Sowjet- und Russlandgegner. Er schloss sich der Dissidentenbewegung an und war gemeinsam mit den späteren Gründern der ERSP einer der wichtigsten Organisatoren der regimiekritischen Demonstrationen im Hirvepark am 23. August 1987. Deshalb zwang ihn der KGB, einen Monat später Estland zu verlassen, und *Madisson* emigrierte für drei Jahre nach Schweden.<sup>29</sup> Nach seiner Rückkehr nach Estland verfolgte er politisch ausschließlich antirussische Ziele. 1996 rief er mit dem Artikel „*Eesti saadus*“ (Estlands Schicksal) zur Schaffung einer Freiheitsarmee und zum Sturz von Ministerpräsident *Tiit Vähi* auf. *Madisson* drohte darin mit einem Raketenangriff für den Fall, dass die Regierung seine Garde nicht mit zwei Millionen Dollar aufrüsten sollte.<sup>30</sup> Nachdem der ERKL-Vorsitzende gegenüber hochrangigen Militärs seine Putschpläne äußerte, wurde *Madisson* am 1. Juni 1996 inhaftiert, zu zwei Jahren Haft verurteilt, doch bereits 1997 wieder entlassen. Er setzte seine politische Betätigung auf kommunaler Ebene in der demokratischen *Zentrumspartei* von *Edgar Savisaar* fort. *Madisson* verließ die Partei 2001, nachdem sich diese zum Beitritt Estlands zur NATO und zur EU bekannte.<sup>31</sup> Von 2002 bis 2005 arbeitete

er als Gemeinderat in der westestnischen Kleinstadt Lihula, heute agiert er als Publizist und Organisator im subkulturellen extremistischen Milieu.

Ideologisch und programmatisch unterscheiden sich die rechtsextremen Parteien bzw. Vereinigungen Estlands kaum voneinander; die Abgrenzung vom bzw. die Diskriminierung des russischen Bevölkerungsanteil(s) ist für sie zentral. Mit der Umsetzung ihrer Forderungen in der Staatsbürgerschafts- bzw. Minderheitenfrage rückten sie weiter nach rechts außen. Ihrer Ansicht nach waren die Regeln zur Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft für Minderheiten zu liberal. In dem Maße, wie die Radikalisierung des rechtsextremen Lagers zunahm und sich der Abstand vom politischen Mainstream vergrößerte, schwand zugleich der Zuspruch der Parteien durch die Bevölkerung.

Ideologisch versuchen Estlands Rechtsextremisten, an die Traditionen der semi-faschistischen Organisationen Estlands anzuknüpfen.<sup>32</sup> Die Okkupation Estlands von 1941 bis 1944 durch Deutschland wird von der extremen Rechten nicht als nationalsozialistische Besetzung betrachtet, sondern als Abwehrnotwendigkeit des Kommunismus verklärt. Neben „alten“ Immigranten der Sowjetzeit gelten heute „neue“ nichtweiße Zuwanderer und politische Flüchtlinge als Hauptbedrohung der estnischen Nation durch Überfremdung. In ihrem aktuellen Programm fordert die EIP weitreichende Einschränkungen der kulturellen und sprachlichen Autonomie aller ethnischen Minderheiten.<sup>33</sup>

Wie begrenzt das Spektrum – keine der Einzelgruppierungen im estnischen Rechts-Extremismus verfügt über mehr als 100 registrierte Mitglieder – und wie verwoben die Beziehungen innerhalb der rechtsextremistischen Parteien Estlands sind, zeigt das Beispiel der ERSP-Abspaltung *Estonische Partei der Zukunft* (*Tuleviku Eesti Erakond*). Sie entstand, da der wegen eines Skandals in der estnischen Armee zurückgetretene Verteidigungsminister *Hain Rebas* innerhalb der ERSP keinen Rückhalt mehr genoss. 1999 kam es zur Umbenennung seiner neuen Organisation in *Estonische Unabhängigkeitspartei* (EIP) und zur Wiedervereinigung mit ehemaligen ERSP-lern. Auch frühere ERKL-Mitglieder fanden in der *Unabhängigkeitspartei* eine neue politische Heimat. Die Partei positioniert sich nach wie vor antirussisch und nationalistisch, in den letzten Jahren verstärkt „hart-euroskeptisch“.<sup>34</sup> Sie fordert den Austritt Estlands aus der EU und der NATO sowie die neuerliche Aberkennung der Staatsbürgerschaft für sämtliche nichtethnischen Esten.<sup>35</sup> Eine interne Krise aufgrund von persönlichen Differenzen führte zur erneuten Spaltung der EIP. Versuche einer Vereinigung mit anderen Parteien scheiterten – wie im Fall mit der Partei *Bauernversammlung* (*Põllumeeste Kogu*) – an inhaltlichen Differenzen. Im Streit mit der *Estonischen Demokratischen Partei* (*Eesti Demokraatlik Erakond*), die ihrerseits zwischen 1994 und 2001 den Namen *Blaue Partei Estlands* (*Eesti Sinine Erakond*) trug, konnten sich die beiden Parteien auf

26 Vgl. Anatol Lieven: *The Baltic revolution*, New Haven/London 1994, S. 284.

27 Vgl. Vadim Poleshchuk: *Estonia*, in: Cas Mudde (Hrsg.): *Racist Extremism in Central and Eastern Europe*, London u. a. 2005, S. 60–79, hier S. 63.

28 Vgl. ebd.

29 *Madisson* veröffentlichte seine politische Biographie der Sowjetzeit 1996 in dem Buch „*Vastasseis*“ [Gegnerschaft].

30 Vgl. Tiit Madisson: *Riigipõrja Märkmik* [Notizbuch eines Umstürzlers], o. O. 1999.

31 Vgl. Madis Jürgen: *Tiit Madisson – igavene dissident*, in: *Eesti Ekspress* vom 9. September 2004. 2004 erschien *Madissons* Buch „*Maailma uus kord*“ [Die neue Weltordnung], ein Sammelsurium von Verschwörungstheorien um Freimaurer und Juden, das den Holocaust leugnet.

32 Vgl. Vadim Poleshchuk (FN 27), S. 63.

33 Vgl. Parteiprogramm der EIP, abrufbar unter: <http://www.isceseivuspartei.ee/test/index.php/programm.html> [Stand: 27. April 2009].

34 Im Gegensatz zur „weichen“ Euroskeptizismusvariante, welche die Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration immanent kritisiert, lehnen Vertreter des „harten“ Euroskeptizismus die Gemeinschafts-demokratie und das Wertesystem der EU generell ab und fordern den Rückzug des jeweiligen Landes aus dem europäischen Rechts- und Vertragsrahmen. Siehe hierzu im Einzelnen Evald Mikkel/Andres Kasekamp: *Emerging Party-based Euroscepticism in Estonia*, in: Paul Taggart/Aleks Szczerbiak (Hrsg.): *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*, Band 1, Oxford 2008, S. 295–313.

35 Vgl. Parteiprogramm der EIP (FN 33).



keine Bezeichnung einigen.<sup>36</sup> Nachdem im Vorfeld der Wahlen 2007 Verhandlungen über Vereinigungen und Listenkoalitionen mit demokratischen Parteien gescheitert waren, hat die EIP bis heute Schwierigkeiten, die Mindestanzahl von 200 Mitgliedern zu halten<sup>37</sup>, um nicht den Parteistatus einzubüßen.

Unter den offiziell registrierten Parteien existiert außerdem die politisch einflusslose, weil zu Wahlen bisher nicht angetretene *Republikanische Partei (Vabariiklik)*. Sie verknüpft ihre Ablehnung der liberalen Marktwirtschaft mit simplem Euroskeptizismus und unterscheidet sich in ihrem national orientierten Sozialpopulismus kaum von den anderen rechtsextremen Parteien Estlands. Ein gültiges Parteiprogramm besitzen die *Republikaner* nicht.<sup>38</sup>

Durch das 1993 angenommene Ausländergesetz und die politische Isolation der russischen Minderheitenparteien verlagerten ab Mitte der 1990er Jahre jene russisch-nationalistischen Kräfte, die ein Arrangement mit den Kommunisten ablehnten, ihre Aktivitäten in die rechtsextremen Parteien der Russischen Föderation. Die ultranationalistische Ideologie der *Russisch Nationalen Einheit (RNE)* vereint Ideologieelemente des orthodox-russischen Nationalismus mit dem Antisemitismus des deutschen Nationalsozialismus.<sup>39</sup> Die *RNE v Estonii* wurde 1996 gegründet, doch sie erhielt keinen offiziellen Status als Partei; sie hat heute etwa 50 Mitglieder und trat nie bei Wahlen an. Als ihr zentrales Ziel erklärt die Partei die Bewahrung der russischen Identität, Kultur und Sprache in Estland.<sup>40</sup> Wegen rassistischer Veröffentlichungen in der Parteizeitung *Kolovrat* gegen Esten, Tschetschenen und Juden wurden 2002 drei Mitglieder der RNE von einem estnischen Gericht schuldig gesprochen, zu einer Geldstrafe verurteilt sowie das Blatt konfisziert und später eingestellt.<sup>41</sup>

1993 erhielt *Pjotr Rozhok* bei den Duma-Wahlen 59,6 Prozent der Stimmen von den russischen Staatsbürgern in Estland für die *Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR)*. Der selbsternannte Vorsitzende der estnischen LDPR-Abteilung und persönliche Freund *Wladimir Schirinowskis* erregte in den 1990er Jahren mit nationalistischem Getöse vom neuen baltischen Faschismus die Öffentlichkeit. Im März 1995 wurde *Rozhok* von der estnischen Sicherheitspolizei aus Estland nach Russland deportiert. Die Begründung der Behörden lautete, *Rozhok* sei eine Gefahr der estnisch-nationalen Sicherheit, wogegen dieser beim Tallinner Bezirksgericht Revision einlegte. Bis zur endgültigen Rücknahme der als ungesetzlich erklärten Ausweisung arbeitete *Rozhok* als Berater in der Moskauer LDPR-Zentrale. In den letzten Jahren organisierte er eine Gruppierung mit dem Namen *Kämpfer für die russischen Rechte*.<sup>42</sup> Die als russisch-chauvinistisch bezeichnete Vereinigung erlangte ihre Bekanntheit im Zuge der Ausschreitungen um die Denkmal-Debatte.

36 Vgl. <http://www.erakonnad.instituut.ee/erakonnad/registreeritud/edp.html> [Stand: 19. Januar 2009].

37 Da es sich bei der EIP um keine Neugründung, sondern um eine Umbenennung handelt, gilt für die Partei die Mindestzahl an Mitgliedern aus dem Parteigesetz von 1994.

38 Vgl. die Selbstdarstellung der Partei, abrufbar unter: <http://www.vabariiklikpartei.ee/> [Stand: 19. Januar 2009].

39 Vgl. Tom Thieme: Hammer, Sichel, Hakenkreuz. Parteipolitische Extremismus in Osteuropa, Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Baden-Baden 2007, S. 208–214.

40 Die Änderung der estnischen Verfassung bzw. des souveränen Status des Landes wird von der RNE-Estland nicht angestrebt. Vgl. <http://eston.rne.org/> [Stand: 28. Mai 2009].

41 Vgl. Vadim Poleschuk (FN 27), S. 66.

42 Vgl. ebd., S. 66 f.

### 3.2 Linksextremismus

Linksextreme Parteien sind in Estland eine gesellschaftlich isolierte Randerscheinung, da die kommunistische Politik und Machtpraxis von der estnischen Bevölkerung ausnahmslos abgelehnt wird, und die (Wahl-)Unterstützung des russischen Bevölkerungsteils bis heute durch den unklaren Rechtsstatus der Minderheiten erschwert bleibt. Ähnlich wie im estnischen Rechtsextremismus ist die Kontinuität solcher Organisationen und Positionen schwer nachzuvollziehen, da zahlreiche Umbenennungen, Fusionen und Absplitterungen die Geschichte der linksextremen Parteien prägen. 1992 wurde die ehemalige *Estnische Kommunistische Partei (EKP)* zunächst in *Estnische Demokratische Partei der Arbeit (EDT)* und 1997 in *Estnische Sozialdemokratische Arbeitspartei (ESTP)* umbenannt. Ab 2004 bezeichnete sie sich als *Estnische Linkspartei (EVP)*. Diese Partei hatte ihrerseits bereits mit der *Russischen Partei in Estland (VEE)* zusammengearbeitet und so endeten die Verhandlungen im Jahr 2007 mit der Vereinigung aller drei Parteien unter dem Namen *Konstitutionspartei (Kostitutsioonierakond)*.

Die *Konstitutionspartei* wird von zwei Hauptströmungen geprägt, die auf den ersten Blick gegenläufig erscheinen, sich in der politischen Praxis jedoch vielfältig ergänzen: Auf der einen Seite existiert ein traditioneller Kern ehemaliger sowjetsozialistischer Funktionseliten, auf der anderen Seite ein linker Flügel des neuen russischen Nationalismus. Ideologisch wird versucht, die kommunistische Überzeugung mit der russisch-nationalen Herkunft zu verbinden. Vor allem im Vergangenheitsdiskurs zeigt sich die prosowjetische Einstellung der russischen Esten. Die Partei (bzw. ihre Vorgängerorganisationen) organisiert seit der estnischen Unabhängigkeit weiterhin Gedenkveranstaltungen am 9. Mai<sup>43</sup> und am 22. September<sup>44</sup>. Russischstämmige Linksextremisten nutzen solche Veranstaltungen gezielt und verbinden das Gedenken an die Kriegsoffer mit der Wiederanknüpfung an die stalinistische Expansionspolitik. Ihre Mitglieder protestierten 2007 vehement gegen die Verlegung des „Bronzesoldaten“, eines sowjetischen Ehrenmals für Gefallene des Zweiten Weltkrieges, und beteiligten sich zum Teil an den gewaltsamen Ausschreitungen gegen estnische Nationalisten und Sicherheitskräfte.

Im politischen Tagesgeschäft nehmen die Parteien der russisch-nationalen Minderheit kaum (links)extremistische Positionen ein. 1999 versammelte die *Vereinigte Volkspartei* verschiedene russische Minderheitengruppierungen, darunter antidemokratische Parteien. Die Partei vertritt zum einen Themen um die Minderheitenfrage, zum anderen linkspopulistische (Arbeit für alle, Verteilungsgerechtigkeit) und eurokritische Ansichten. Ein offizielles Parteiprogramm existiert nicht. In den Jahren der Parlamentsbeteiligung verfolgte die *Vereinigte Volkspartei* in der Opposition einen konstruktiven Kurs.<sup>45</sup> Die Bandbreite innerhalb der 2007

43 Die Einladung des russischen Präsidenten *Wladimir Putin* zu den Feiern des 60. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus lehnte der estnische Präsident *Arnold Rüütel* mit dem Verweis ab, Estland sei 1940 und 1944 widerrechtlich von der Sowjetunion okkupiert worden und der 9. Mai daher für Esten kein Tag zum Feiern. Vgl. Gedenken zum Kriegsende. Absagen verbageln Putin die Siegesfeier, in: Spiegel-Online vom 6. Mai 2005, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,354900,00.html> [Stand: 29. Mai 2009].

44 Am 22. April 1944 übernahm die Rote Armee Tallinn und beendete die deutsche Besatzung. Siehe im Einzelnen Wolfgang Curilla: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland 1941–1944, Paderborn 2006.

45 Vgl. Mikko Lagerspetz/Konrad Maier (FN 3), S. 90 f.

neu entstandenen Sammlungsbewegung *Konstitutionspartei* reicht von eher konservativen Kräften in der *Russischen Partei Estlands* (die Partei beruft sich in ihrem Programm auf die christlichen Werte)<sup>46</sup> über traditionelle Kommunisten bis hin zu den kapitalismus-globalisierungskritischen Milieus einer neuen russischstämmig-estnischen Linken.<sup>47</sup> Neben der strukturellen Benachteiligung russischer Parteien in Estland dürften die inhaltlichen Unterschiede zwischen den Parteifaktionen hauptverantwortlich für deren Schwäche sein.

#### 4 Nichtparteiförmiger Extremismus

Die zentrale Konfliktlinie der nichtparteiförmigen extremistischen Kräfte in Estland verläuft zwischen neonationalsozialistisch inspirierten Esten und ultranationalistischen Russen. Die Grenzen zwischen den extremistischen Parteien und militanten Gruppierungen sind auf beiden Seiten fließend, denn ihre Mitglieder sind organisatorisch vielfältig verwoben. Obwohl nicht nur estnische und russische Nationalisten den Minderheitenkonflikt kultivieren und die Feindschaft der Bevölkerungsgruppen bis in die Mehrheitsgesellschaft reicht, verfügen ausgerechnet die Führer der estnischen Nationalisten über Kontakte zu russischen extremistischen Organisationen. Der radikale Antikommunist *Tiit Madisson* bezeichnet *Wladimir Schirinowski* als seinen Freund. Beide Seiten vereint ein ausgeprägter Antisemitismus, Antikommunismus und Rassismus gegenüber Immigranten aus Vorder- und Zentralasien.<sup>48</sup>

Die meisten Mitglieder der russischen und estnischen gewaltbereiten Vereinigungen stehen sich dagegen unversöhnlich gegenüber. Auf der estnischen Seite gibt es rassistische Skinheadgruppen, die sich am deutschen Nationalsozialismus<sup>49</sup> und westlichen – vor allem skandinavischen – Vorbildern orientieren. Sie verfolgen zwei wesentliche politische Ziele: die Bekämpfung alter (sowjetischer) und neuer Immigranten sowie die Revision der estnischen Geschichte und der deutschen Besatzungszeit. Die gesamte estnische Skinheadszone umfasst nach eigenen Angaben etwa 150 Mitglieder. Über die Zahl der gewaltbereiten russischen Nationalisten herrschte lange Unklarheit.<sup>50</sup> Die Versetzung des militanten russischen Nationalismus: An den Krawallen beteiligten sich nach Presseangaben im Frühjahr 2007 einige hundert, überwiegend jugendliche Anhänger, unter ihnen zahlreiche Skinheads. Die Gewalt der bis dahin friedlichen, wenn auch angespannten Demonstrationen eskalierte, als die Versetzung „Aljoschas“ am 26. April 2007 durchgeführt wurde. Tagelang randalierten vor allem russische Jugendliche in der Tallinner Innenstadt. Es kam zu wüsten Prügeleien mit mehr als 150 Verletzten und einem Toten. Am 9. Mai kam es erneut zu Zusammenstößen zwischen russischen und estnischen Nationalisten, nachdem sowjetische Kriegsveteranen

versuchten, einem national gesinnten Gegendemonstranten die estnische Flagge zu entreißen. Erst ein Großaufgebot der Polizei konnte die Ausschreitungen beenden. Die Behörden verhängten ein Verbot weiterer Protestaktionen für beide Seiten. Der neue Platz des Bronzesoldaten wird seither von der Polizei überwacht. Auch 2008 befanden sich die estnischen Sicherheitskräfte im Vorfeld des Gedenktages in höchster Alarmbereitschaft. Obwohl sich die Unruhen von 2007 nicht wiederholten, bemühen sich estnische Behörden um eine Deeskalation des Konfliktes, nicht zuletzt aus Sorge um das estnisch-russische Verhältnis.<sup>51</sup> Bei den Vorfällen handelte es sich um die schwerste innenpolitische Krise Estlands seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion.

Die Ausschreitungen zwischen Russen und Esten wurden – wie die meisten extremistischen Aktivitäten – von der Öffentlichkeit kaum als politische bzw. organisierte Konflikte wahrgenommen. Vielmehr treten im antidemokratischen Spektrum Estlands vor allem prominente Einzelpersonen wie der Journalist *Jüri Liim* und der frühere KRPL-Vorsitzende *Tiit Madisson* durch umstrittene, öffentlichkeitswirksame Aktionen in Erscheinung. 2008 demonstrierte *Liim* in Tallinn zwei sowjetische Heldendenkmäler und schenkte sie (unautorisiert) einem Geschichtsmuseum. *Liim* rechtfertigte seinen Alleingang damit, dass dies die Pflicht eines Bürgers sei, wenn der Staat die Aufgabe einer neuen estnischen Geschichtsschreibung nicht übernehme. Von offizieller Seite wurde ein Verfahren wegen Diebstahls gegen *Liim* eingeleitet.

*Tiit Madisson* sorgte 2004 für landesweite Aufmerksamkeit, als der Bürgermeister der Stadt Lihula ein Denkmal für SS-Legionäre errichten ließ.<sup>52</sup> Den Hintergrund bildet die bis heute umstrittene Bewertung der estnischen Kollaboration während des Zweiten Weltkrieges. Während der ersten sowjetischen Besetzung 1940 waren unter Stalin tausende Esten umgebracht und deportiert worden. Von vielen Einwohnern des gesamten Baltikums wurden die SS und die Wehrmacht zunächst nicht als kommende Besatzungsmacht, sondern als Befreier von der Roten Armee wahrgenommen. Den Mythos, nicht für *Hitler*, sondern für die Freiheit der Heimat an der Seite Deutschlands gekämpft zu haben, kultiviert *Madisson* bis heute. Am Rande der Ereignisse im Frühjahr 2007 goss er weiteres Öl ins Feuer, als er verkündete, die Rote Armee habe zehnmal mehr Esten getötet als deutsche Truppen. Heldenstatuen bräuchten die Russen zudem nicht, da die Wehrmacht Estland bereits verlassen hätte, als die Rotarmisten einmarschierten, so *Madisson*.<sup>53</sup> Angesichts der internationalen Kritik schickte die estnische Regierung ein Räumkommando, welches das Denkmal am 2. September 2004 demontrierte. Das Problem revanchistischer Geschichtsbilder in der estnischen Gesellschaft verschwand damit nicht. Es fehlt im Land an zivilgesellschaftlichen Programmen gegen (subkulturellen) Rechtsextremismus sowie an einer angemessenen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und mit dem Holocaust.<sup>54</sup>

46 Vgl. Parteiprogramm der RPE, abrufbar unter: <http://www.rusparty.ee/?lang=rus> [Stand: 29. Mai 2009].

47 Vgl. Vereinigung, Konstituierung und Programmatik der *Konstitutionspartei*, abrufbar unter: <http://www.kpartei.ee> [Stand: 19. Mai 2009].

48 Vgl. Tom Thieme (FN 39), S. 271–280.

49 Vgl. Angelika Beer (Hrsg.): *Europa im Visier der Rechtsextremisten*, Berlin 2009, abrufbar unter: [http://www.angelika-beer.de/stepone/data/downloads/3f/00/00/Europa\\_im\\_Visier\\_der\\_Rechtsextremen.pdf](http://www.angelika-beer.de/stepone/data/downloads/3f/00/00/Europa_im_Visier_der_Rechtsextremen.pdf) [Stand: 17. Mai 2009], S. 98.

50 *Vadim Poleshchuk* schätzte 2005, die Zahl der so genannten *Russischen Freiheitskämpfer* liegt näher bei zehn als bei 100. Vgl. ders. (FN 27), S. 67.

51 Vgl. Adrian Blomfield: War of words over bronze soldier, in: *Telegraph.co.uk* vom 5. Februar 2007, abrufbar unter: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/1541641/War-of-words-over-bronze-soldier.html> [Stand: 28. Mai 2009].

52 Vgl. Merike Pitk: *Tiit Madisson lubab Lihulale 40 uut tõeõkohta*, in: *Maaleht* vom 14. November 2002, abrufbar unter: [http://paber.maaleht.ee/?old\\_rubriik=5701&old\\_art=20027&old\\_num=788](http://paber.maaleht.ee/?old_rubriik=5701&old_art=20027&old_num=788) [Stand: 19. Januar 2009].

53 Vgl. Adrian Blomfield (FN 51).

54 Vgl. Angelika Beer (FN 49), S. 98.

## 5 Ergebnis

Extremistische Parteien und gewaltbereit demokratiefeindliche Vereinigungen sind in Estland eine gesellschaftliche Randerscheinung ohne politische Relevanz. Dafür verantwortlich ist einerseits, dass bis in die 1990er Jahre Vorurteile gegenüber der russischen Minderheit in der estnischen Mainstreampolitik verbreitet waren, die rechtsextremistische Parteien „überflüssig“ machten. Die folgende Radikalisierung der Parteien ging mit ihrer Selbstzerstörung einher. Andererseits wird linksextreme Politik von allen ethnisch-estnischen Gesellschaftsgruppen abgelehnt und russisch-sozialistische Parteien bleiben durch den lange praktizierten Wahlausschluss von Minderheiten bis heute strukturell benachteiligt. Zwar beziehen die demokratischen Parteien Estlands spätestens seit dem EU-Beitritt und durch den wachsenden internationalen Druck in der Minderheitenfrage klar Stellung gegenüber nationalistischen, ethnozentrischen und antirussischen Positionen, doch gerade dies schafft (zwangsläufig) Etablierungsräume für extremistische Parteien. Die Verschärfung des Konfliktes zwischen Estland und Russland und die Folgen der weltweiten Finanzkrise, welche die baltischen Staaten besonders hart treffen,<sup>55</sup> könnten diesen Trend verstärken und zu einem Zulauf bei den antidemokratischen Kräften führen.

Die Trennlinie des Extremismus in Estland verläuft nicht entlang der Kategorien Rechts- und Linksextremismus, sondern zwischen estnischem und russischem Nationalismus. Die Rechts-Links-Unterscheidung spielt lediglich im Geschichtsbild der jeweiligen Extremismen eine Rolle. Die eine Seite versucht, die NS-Besatzung und die semifaschistischen Bewegungen Estlands aus der Zwischenkriegszeit als Abwehrmaßnahmen gegen den Kommunismus umzudeuten. Den Einmarsch der Sowjetarmee empfinden viele Esten bis heute nicht als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, sondern als Beginn einer neuerlichen Unterdrückung. Für die andere Seite gilt noch immer die Sowjetzeit als herausragende Epoche der russisch-estnischen Vergangenheit. Programmatisch vereinen dagegen das estnische wie das russische Lager Elemente des Rechts- und des Linksextremismus. Nationalprotektionistische Verteidigungsstrategien gegenüber der jeweils anderen Seite werden um sozialpopulistische Themen erweitert. Die Forderungen nach überhöhter gesellschaftlicher Gleichheit beziehen russische und estnische Extremisten jeweils nur auf die eigene Volksgruppe; ihr Linksextremismus ist also weniger internationalistisch, sondern vielmehr stark ethnozentrisch ausgerichtet. Ob das Wesen der antidemokratischen Akteure in Estland mit den Begriffen Rechts- und Linksextremismus angemessen erfasst werden kann, ist daher zweifelhaft.

Die Genese und Entwicklung extremistischen Gedankengutes ist in Estland schwer zu verfolgen, da sich die entsprechenden politischen Kräfte in den Jahren seit der Unabhängigkeit immer wieder umbenannt, umgruppiert oder zusammengeschlossen haben. Einige der in diesem Beitrag erwähnten Organisationen sind klar als demokratisch einzuschätzen, aber durch das im gesamten Baltikum verbreitete „party hopping“ des politischen Personals gelangten über System-Parteien auch extremistische Politiker in das estnische Parlament und in politische Spitzenämter. Die Gefahr für die estnische Volkssouveränität ergibt sich (momentan) weniger aus militant-aggressiven Parteien und Vereinigungen, sondern eher durch

die Infiltrierung antidemokratischer Akteure innerhalb demokratischer Parteien. Eine systematische Unterwanderung der Parteien ist wiederum weniger zu erwarten als vielmehr eine Verrohung des politischen Klimas und eine Verschärfung der Beziehungen zu Russland. Weder Esten noch Russen haben sich bislang in nennenswerten extremistischen Gruppierungen organisiert. Auch die Entstehung neuer radikal-antidemokratischer Massenbewegungen scheint nicht in Sicht.

55 Vgl. Hella Engerer: Solidarität gesucht. Osteuropas Finanzmärkte in der globalen Finanzkrise, in: Osteuropa 58(2008)12, S. 25–40.